

Jan Weckler
Landrat

Stephanie Becker-Bösch
Erste Kreisbeigeordnete des Wetteraukreises

Matthias Walther
Kreisbeigeordneter des Wetteraukreises



Wetteraukreis · Postfach 10 06 61 · 61146 Friedberg

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz

Hessische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Boris Rhein

Europaplatz, Gebäude B
61169 Friedberg/ H.
Telefon: 06031/83-5000; 5010; 5020
Telefax: 06031/83-91 5000; 5010; 5020
Email: jan.weckler@wetteraukreis.de
stephanie.becker-boesch@wetteraukreis.de
matthias.walther@wetteraukreis.de

Vorab per E-Mail

24. Oktober 2022

Nachrichtlich an die zuständigen Parlamentarier
für den Wetteraukreis:

Mitglieder des Europäischen Parlaments
Mitglieder des Bundestags
Mitglieder des Hessischen Landtags

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein,

wir wenden uns heute gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 25 Städte und Gemeinden des Wetteraukreises an Sie.

Es ist eine bewusste Entscheidung, sowohl die Bundesregierung als auch die Hessische Landesregierung zu kontaktieren und die zuständigen Abgeordneten aus der Region zu informieren, um auf die Situation im Wetteraukreis aufmerksam zu machen.

Vorneweg sei gesagt, dass alle Beteiligten für ein weltoffenes Land stehen, das Asylsuchenden aus allen Teilen der Welt eine humanitäre und menschenwürdige Unterbringung ermöglicht. Dies ist selbstverständlich parteiübergreifender Konsens und erlaubt zugleich mit einheitlicher Stimme und über alle Parteigrenzen hinweg zu sprechen. Ziel ist, auf die akuten Probleme und Herausforderungen hinzuweisen, mit denen die kommunale Ebene derzeit konfrontiert ist.

Vor diesem Hintergrund möchten wir gemeinsam deutlich machen: Wir sind in Bezug auf die Unterbringung der Geflüchteten im Wetteraukreis an der Grenze unserer Kapazitäten angekommen.

Die Wohnkapazitäten im privaten Wohnraum sind bereits seit langem erschöpft. Gerade in diesem Bereich liegt ein wesentlicher Unterschied zur Flüchtlingsbewegung der Jahre 2015 und 2016. Inzwischen sind große Teile der Bevölkerung nicht (mehr) bereit, privaten Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen.

Dies gilt insbesondere für junge Männer, die die Bundesrepublik ohne Familien erreicht haben.

Etwas anders stellte sich die Lage zu Beginn des Krieges in der Ukraine dar, als es auch im Wetteraukreis eine überwältigende Hilfsbereitschaft für die Kriegsgeflüchteten gab. Doch auch diese Kapazitäten sind inzwischen nahezu vollständig aufgebraucht, sodass ebenso für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine zunehmend kein Wohnraum mehr gefunden werden kann. Erst recht, wenn es sich nicht explizit um Frauen und Kinder handelt.

Seit mehr als einem Jahr wurden trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen im ganzen Landkreis alle weiteren Möglichkeiten genutzt, um Unterkünfte für die Unterbringung von Geflüchteten zu schaffen. Diese Möglichkeiten sind inzwischen erschöpft, sodass wir nicht umhin kommen, auch wieder Flächen des Gemeinbedarfs wie Sportstätten, Bürgerhäuser oder Festplätze in den Blick zu nehmen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass es im Wetteraukreis mit den Städten Friedberg und Büdingen bereits zwei Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes mit insgesamt 1.800 Plätzen gibt. Diese belasten insbesondere die betroffenen Städte enorm und sorgen dafür, dass die Plätze faktisch weder dem Landkreis noch den Städten für die Unterbringung der Zuweisungen zur Verfügung stehen.

Auf der kommunalen Ebene entsteht immer mehr der Eindruck, dass den meisten Menschen nicht bewusst ist, dass die Bundesrepublik derzeit neben den Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine wieder sehr viel mehr Menschen aus weltweiten Krisengebieten erreichen. Die Sorge der Bundesregierung über die stärkere Zuwanderung über die Balkanroute und andere Flüchtlingsrouten ist bei vielen Menschen vor Ort nicht angekommen. Im Gegenteil entsteht durch die Fortschritte der ukrainischen Armee der Eindruck, dass sich die Lage entspannen müsste. Wahzunehmen ist, dass in der Bevölkerung nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie und in der aktuellen Energiekrise wenig Verständnis und Akzeptanz zur Inkaufnahme weiterer eigener Einschränkungen vorhanden ist.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem auch eine Lösung auf europäischer Ebene gefragt. Eine gleichmäßige und gerechte Aufteilung der Geflüchteten in den Staaten der Europäischen Union muss das Ziel sein. Bestehende Regelung wie die Dublin-II-Verordnung müssen verlässlich umgesetzt werden: Geflüchtete, die in sicheren Drittstaaten in die EU einreisen, dürfen nicht nur in Deutschland und wenigen weiteren Staaten Schutz finden. Das Sozialleistungsniveau sollte europaweit angeglichen und vergleichbar sein. Die soziale Unterstützung darf in Deutschland nicht wesentlich höher sein, damit nicht Deutschland als alleiniger Zielstaat für Geflüchtete attraktiv ist. Das derzeitige Zuwanderungsgeschehen in Deutschland ist nach unserem Eindruck leider ein Nährboden für extreme politische Strömungen.

Auch die Beschäftigten in Rathäusern und Kreisverwaltung sind zwischenzeitlich am Ende ihrer Kapazitäten angelangt. Pandemie, Energie- und Flüchtlingskrise haben dazu geführt, dass für alle Aufgaben und insbesondere zur akuten Krisenbewältigung die immer gleichen Personen herangezogen werden müssen. Personelle Aufstockungen und hausinterne Verstärkungen in den Bereichen der Bürgerämter, Gesundheitsämter, Ausländerbehörden oder Sozialämter und weiteren Einheiten können mit der Entwicklung und Dynamik der Situation nicht mehr Schritt halten.

Hinzu kommt die Sorge, dass die wachsenden Aufgaben nicht mehr mit den Möglichkeiten der kommunalen Haushalte zu finanzieren sind. Die finanziellen Spielräume der Haushalte sind – sofern sie denn vorhanden waren – zwischenzeitlich weitgehend aufgebraucht.

Es herrscht der Eindruck, dass die vielfachen Hinweise und Appelle der Kommunen in den vergangenen Wochen auf den höheren Ebenen wenig Anklang und Berücksichtigung gefunden haben.

Vor diesem Hintergrund fordern wir konkret:

- Schaffen Sie Unterbringungskapazitäten auf Bundes- und Landesebene, damit eine Entlastung der Kapazitäten auf der kommunalen Ebene ermöglicht werden kann. Die Zurverfügungstellung von maroden Gebäuden im Besitz des Bundes trägt nicht zu einer Entlastung bei. Kapazitäten auf Bundesebene werden insbesondere für diejenigen Personen benötigt, die nach dem Asylrecht keine Bleibeperspektive in Deutschland haben.
- Die Last muss von allen getragen werden: Sorgen Sie für einen gerechten Verteilschlüssel sowohl auf europäischer Ebene als auch für alle Bundesländer. Das ist auch im Sinne der Geflüchteten das gerechteste und humanitärste Verfahren. Die durch Bundes- und Landeseinrichtungen zusätzlich entstehende Belastung einzelner Landkreise muss deutlich bei der Zuweisung berücksichtigt werden. Im Wetteraukreis muss konkreter und spürbar die Belastung durch die beiden Erstaufnahmeeinrichtungen mit insgesamt 1.800 Plätzen berücksichtigt werden.
- Erkennen Sie die erheblichen Anstrengungen der kommunalen Ebene an und sorgen Sie mit der Übernahme der finanziellen Aufwendungen für Klarheit in der kommunalen Haushaltsplanung.

Uns geht es insbesondere um eine an die Lage angepasste Kommunikation und Strategie. Daher bitten wir Sie eindringlich: Kommunizieren Sie auf Augenhöhe mit den Kommunen und machen die aktuelle Flüchtlingssituation zur Chefsache.

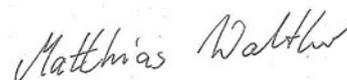
Mit freundlichen Grüßen



Jan Weckler
Landrat



Stephanie Becker-Bösch
Erste Kreisbeigeordnete



Matthias Walther
Kreisbeigeordneter



Adrian Roskoni
Vorsitzender der Bürgermeister-
Kreisvereinigung und
Bürgermeister der Gemeinde Wöllstadt



Norbert Syguda
Bürgermeister der Gemeinde
Altenstadt

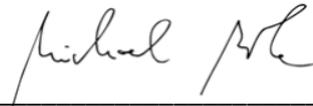


Klaus Kreß
Bürgermeister Stadt Bad Nauheim



Sebastian Wysocki
Bürgermeister der Stadt Bad Vilbel

Gez.

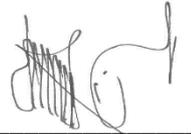


Benjamin Harris
Bürgermeister der Stadt Büdingen

Michael Merle
Bürgermeister der Stadt Butzbach



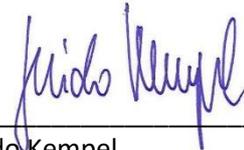
Wilfrid Mogk
Bürgermeister der Gemeinde
Echzell



Herbert Unger
Bürgermeister der Stadt Florstadt



Dirk Antkowiak
Bürgermeister der Stadt Friedberg



Guido Kempel
Bürgermeister der Stadt Gedern



Henrike Strauch
Bürgermeisterin der Gemeinde
Glauburg



Timo Tichai
Bürgermeister der Gemeinde
Hirzenhain



Guido Rahn
Bürgermeister der Stadt Karben



Kirsten Frömel
Bürgermeisterin der Gemeinde
Kefenrod



Adolf Ludwig
Bürgermeister der Gemeinde
Limeshain



Dr. Isabell Tammer
Bürgermeisterin der Stadt
Münzenberg



Thorsten Eberhard
Bürgermeister der Stadt Nidda



Kristina Paulenz
Bürgermeisterin der Gemeinde
Ober-Mörlen



Cäcilia Reichert-Dietzel
Bürgermeisterin der Gemeinde
Ranstadt



Olga Schneider
Bürgermeisterin der Gemeinde
Rockenberg

Gez.

Eike See
Bürgermeister der Gemeinde
Wölfersheim



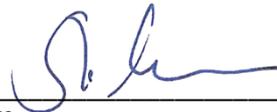
Michael Hahn
Bürgermeister der Stadt Niddatal



Ulrike Pfeiffer-Pantring
Bürgermeisterin der Stadt
Ortenberg



Lena Herget-Umsonst
Bürgermeisterin der Stadt
Reichelsheim



Steffen Maar
Bürgermeister der Stadt Rosbach